

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/03/2011
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 24.05.2011
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Einführung der Ehrenamtskarte NRW in der Stadt Hagen
Vorlage: 0440/2011
4. Projektbericht "Bällchenbad" an der Gustav-Heinemann-Schule
5. Bericht aus dem Seniorenbeirat
6. Bericht aus dem Behindertenbeirat
7. Bericht aus dem Integrationsrat
8. Bericht zur Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen
9. Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 (1) GeschO der Fraktion Hagen Aktiv
Thema: Übergreifende Zusammenarbeit und Definition von Arbeitsprozessen
zur Vermeidung von Leistungsmissbrauch bei Transferleistungen
Vorlage: 0485/2011
10. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Priester-Büdenbender begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung des Sozialausschusses und nimmt anschließend die Verpflichtung von Herrn Alexander Bakhtyar vor, der in der heutigen Sitzung die Vertretung von Frau Buchholz wahrnimmt.

2. Mitteilungen

Herr Steuber erinnert an den Beschluss des Rates aus Dezember 2010, der den Übergang der Gemeindenahen Therapie auf die Diakonie in Südwestfalen zum Inhalt gehabt habe. Für die fünf städtischen Mitarbeiter sei ein Personalgestellungsvertrag geschlossen worden. Mittlerweile hätten sich bezüglich des Trägers Änderungen ergeben. Es gebe einen erneuten Trägerwechsel. Die Arbeiterwohlfahrt trete in den bestehenden Personalgestellungsvertrag ein.

Herr Gläske von der Arbeiterwohlfahrt und Herr Feige von der Diakonie Südwestfalen berichten über die Entwicklung und den Stand der Dinge.

Auf die Frage von Frau Fischbach nach den Auswirkungen auf das Krankenhaus Elsey, erklärt Herr Feige, dass sich daraus keine Nachteile für das Krankenhaus Elsey ergäben. Seines Erachtens habe die Entwicklung nur positive Auswirkungen.

3. Einführung der Ehrenamtskarte NRW in der Stadt Hagen Vorlage: 0440/2011

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Mook erläutert die Vorlage. Mittlerweile seien es 110 Kommunen, die die Ehrenamtskarte in Nordrhein-Westfalen anböten.

Frau Sauerwein möchte wissen, wie bei der Freiwilligenzentrale nachgewiesen werden könne, wie viele Stunden jemand ehrenamtlich tätig sei.

Herr Mook erklärt, dass eine Bescheinigung der Organisation, für die man tätig sei, ausreichend sei.

Frau Priester-Büdenbender lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Einführung der Ehrenamtskarte NRW in Hagen. Angestrebt wird die Einführung zum 01.01.2012.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig die zur Einführung der Ehrenamtskarte NRW in Hagen erforderliche Vereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen abzuschließen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat vor der Umsetzung das abschließende Hagener Konzept der Ehrenamtskarte NRW vorzustellen.

Vorstellung des Konzepts: 15.12.2011

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

4. Projektbericht "Bällchenbad" an der Gustav-Heinemann-Schule**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Priester-Büdenbender begrüßt die Vertreter der Gustav-Heinemann-Schule Frau Lange und Herrn Leschniok.

Frau Lange und Herr Leschniok berichten von dem geplanten Projekt „Bällchenbad“ und seine positiven Auswirkungen auf die Entwicklung der Schüler der Gustav-Heinemann-Schule.

Auf eine Frage von Frau Sauerwein nach dem Umfang der Ausstattung erklärt Frau Lange, dass es sich hier um eine Minimalausstattung handele, die jederzeit aufgestockt werden könne.

Frau Priester-Büdenbender freut sich, mitteilen zu können, dass ein Teil der Kosten für das Projekt von der Bezirksvertretung übernommen würde. Der Oberbürgermeister und der Stadtkämmerer hätten in der letzten Ratssitzung zugesagt, dass auch die restlichen Kosten nach Beginn der Umbaumaßnahmen übernommen würden.

Frau Lange bedankt sich ganz herzlich und lädt die Ausschussmitglieder ein, sich nach dessen Fertigstellung das Bällchenbad anzuschauen.

5. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener und Frau Sauerwein berichten von einer Informationsveranstaltung mit der Verbraucherzentrale, die vom Seniorenbeirat durchgeführt worden sei.

6. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Herr Wirth berichtet aus dem Behindertenbeirat.

7. Bericht aus dem Integrationsrat

entfällt

8. Bericht zur Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Brauers berichtet über die Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Hagen und weist auf die ausgelegte Tischvorlage hin (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Frau Helling ist der Meinung, dass die Bürokratie aus der Ausgestaltung des Gesetzes durch den NRW-Arbeitsminister herrühre. Das Gesetz enthalte viele unbestimmte Rechtsbegriffe, die dann landesseitig ausgestaltet worden seien.

Bestehe die Möglichkeit, darauf einzuwirken, dass die Ausgestaltung weniger bürokratisch ausfalle. Wie gingen andere Bundesländer damit um?

Herr Dr. Brauers weist darauf hin, dass er am Donnerstag in Düsseldorf im Ministerium sei, um auch mit anderen Fachleuten genau über dieses Thema zu debattieren. Er könne versichern, dass die vorhandenen Spielräume genutzt würden.

Frau Kramps und Herr Reinhardt möchten wissen, welche Voraussetzungen bei der Leistungserbringung verlangt würden. Gebe es bereits Anträge von Leistungserbringern, die beschieden worden seien?

Frau Fischbach hält den Betrag in Höhe von 11,- € im Rahmen der Lernförderung für nicht ausreichend. Eine Fachkraft könne man mit diesem Betrag nicht bezahlen.

Herr Henschel möchte wissen, ob die Kosten einer Abschlussfahrt einer 10. Klasse auch übernommen würden.

Diese Frage wird von Herrn Dr. Brauers bejaht.

Herr Steuber erklärt, dass man im Bereich der Lernförderung auf das staatliche Schulamt angewiesen sei, das sicher Empfehlungen aussprechen werde, wer für eine solche Tätigkeit der Nachhilfe geeignet sei. Man habe eine Markanalyse gemacht und sei so auf diesen Betrag von 11,- Euro gekommen. Er ist der Meinung, dass dieses Gesetz den Kommunen einen enormen bürokratischen Aufwand aufbürde. Man müsse in den folgenden Jahren in der Lage sein, jeden verausgabten Euro zu rechtfertigen.

Herr Dr. Schmidt betont, dass das Gesetz nicht in Nordrhein-Westfalen bürokratisiert worden sei. Er zitiert aus den Ausführungen des Arbeitsministers zu der angesprochenen Frage der Voraussetzungen der Personen, die im Rahmen der Lernförderung tätig sein dürften. Dort sei zum Beispiel genau diese Frage eindeutig geklärt. Hier habe sich das Ministerium viel Mühe gemacht, den Kommunen und Jobcentern Hilfestellung zu geben.

Frau Helling macht noch einmal ihren Standpunkt in dieser Frage deutlich.

Frau Priester-Büdenbender macht deutlich, dass es sich in der heutigen Sitzung nur um eine Einführung gehandelt habe. Sie schlage vor, sich auch in den kommenden Sitzungen des Sozialausschusses von der Entwicklung berichten zu lassen. Sie bittet die Fraktionen, etwaige Fragen oder Anregungen an Herrn Dr. Brauers zu richten.

9. **Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 (1) GeschO der Fraktion Hagen Aktiv**
Thema: Übergreifende Zusammenarbeit und Definition von Arbeitsprozessen
zur Vermeidung von Leistungsmissbrauch bei Transferleistungen
Vorlage: 0485/2011

Herr Müller fragt, ob mittlerweile Zahlen zum Leistungsmissbrauch bei Transferleistungen vorlägen.

Herr Steuber entgegnet, dass er, bevor die Verwaltung dazu Stellung nehmen könne, wissen müsse, welche Transferleistungen gemeint seien. Es gebe eine Vielzahl von Transferleistungen, die von den verschiedenen Stellen der Stadt Hagen erbracht würden.

Frau Priester-Büdenbender bittet den Antragsteller, den vorliegenden Antrag bis zur nächsten Sitzung zu präzisieren.

Herr Müller ist damit einverstanden.

10. **Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung**

Frau Sauerwein berichtet, dass im Jugendhilfeausschuss gesagt worden sei, dass das Ferienprogramm für Kinder und Jugendliche in diesem Jahr habe reduziert werden müssen. Sie bittet um eine Übersicht über das Programm.

Herr Steuber weist darauf hin, dass die Reduzierung auch damit zusammenhänge, dass sich die Stadt Hagen von der Trägerschaft in kommunalen Jugendzentren bis auf fünf Einrichtungen verabschiedet habe. Mit den freien Trägern seien aber in Bezug auf die Ferienfreizeiten Vereinbarungen getroffen worden. Er sagt zu, eine Aufstellung der geplanten Aktivitäten zur Verfügung zu stellen (**siehe Anlage zu TOP 10**).

Ende des öffentlichen Teiles 17.05 Uhr

gez. Petra Priester-Büdenbender
Vorsitzende

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin